

Mediation für Friede im Fernwärmekonflikt

Böblingen Rund 50 000 Euro gibt die Stadt für ein Verfahren aus, das die Beziehung zwischen den Stadtwerken und ihren Kunden kitten soll. Einen Platz im Aufsichtsrat des städtischen Unternehmens erhält ein Vertreter der IG Fernwärme allerdings nicht. Von Kathrin Haasis

Ein Satz wird an dem Abend mehrmals ausgesprochen: „Es ist viel Porzellan zerschlagen worden“, findet nicht nur Willi-Reinhart Braumann (CDU). Deshalb hat der Oberbürgermeister mit seinem Vorschlag auch breite Zustimmung erhalten: Stefan Belz will den Streit um die Fernwärmepreise mit einem Mediationsverfahren befrieden. „Das Ganze ist natürlich nicht günstig“, sagte er dem Gemeinderat. „Aber noch ungünstiger wird es, wenn wir den Konflikt weiter schwelen lassen.“ Rund 50 000 Euro sind für den Prozess veranschlagt, den ein neutraler Moderator leiten wird. Einen anderen Schritt wollte das Gremium aber nicht gehen: Den Vorschlag von FDP-Stadtrat Helmut Kurtz, einen Vertreter der Interessengemeinschaft Fernwärme in den Aufsichtsrat der Stadtwerke zu entsenden, lehnten die Stadträte mehrheitlich ab.

„Handeln ist geboten“, findet der Oberbürgermeister. Seit drei Jahren schwele der Konflikt zwischen der IG Fernwärme, den Stadtwerken und der Stadtverwaltung, und er sei bis heute nicht gelöst. Bereits in seinem Wahlkampf hatte Stefan Belz das Thema zur Chefsache erklärt. Er plädierte schon damals für eine Mediation: Mit Hilfe eines neutralen Moderators könne systematisch an einer gemeinsam verantwortbaren Lösung gearbeitet werden, sagte er.

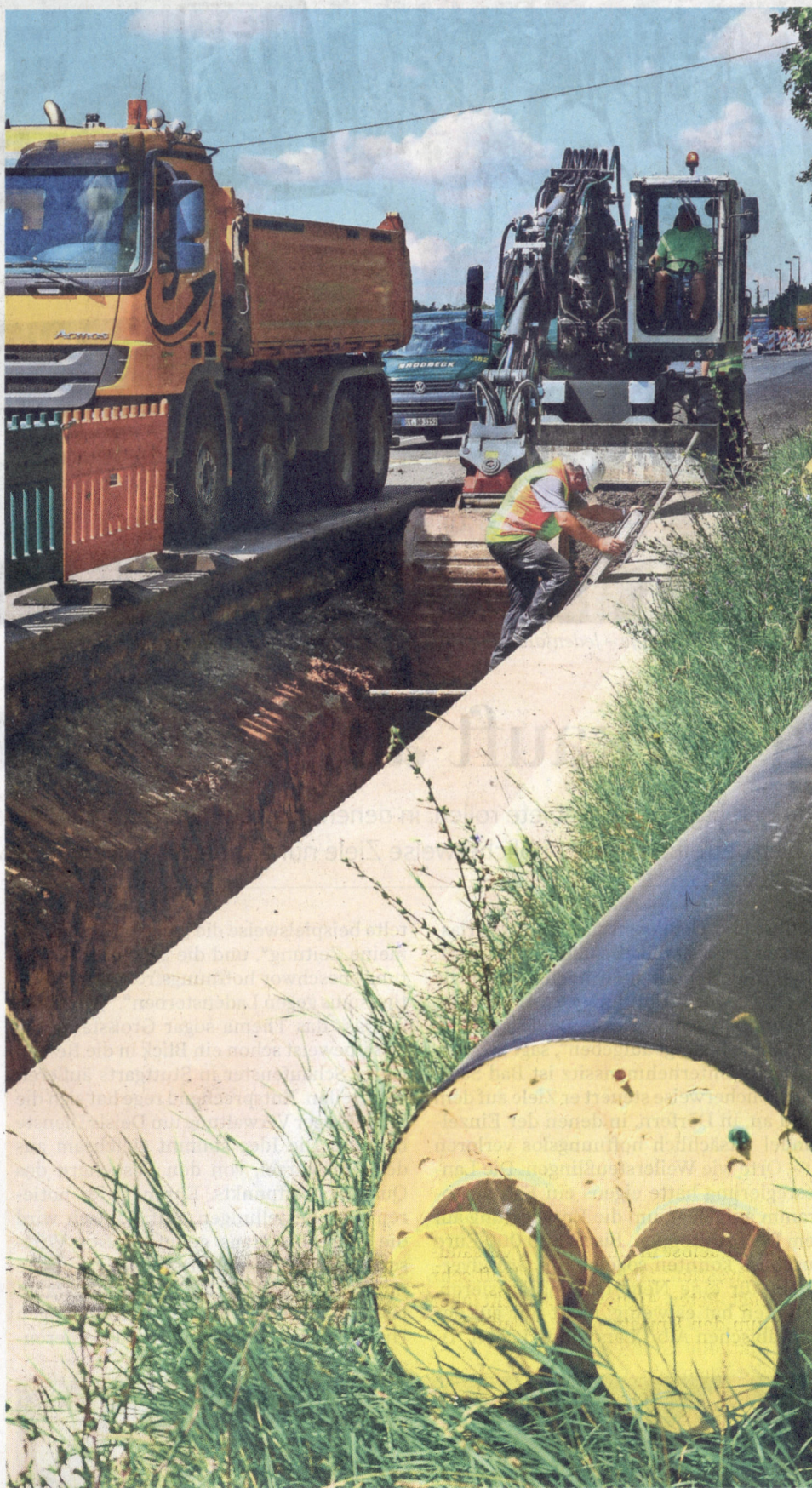
„Handeln ist geboten. Ich habe das Thema zur Chefsache gemacht.“

Stefan Belz, Oberbürgermeister

Die Mediation besteht aus Gesprächsrunden und Workshops und zieht sich über mehrere Wochen hinweg. Sie wirke von innen heraus – im Gegensatz zu einem von einem Schlichter vorgeschlagenen Kompromiss. Belz rechnet zwar durchaus mit einer „Zähigkeit des Verfahrens“. Er hält aber die Erfolgsaussichten für groß – weil die moralische Verpflichtung am Ende groß sei, die Vereinbarung einzuhalten.

„Es muss etwas passieren“, appellierte Sven Reisch (Grüne) an die Konfliktparteien. Die Fronten seien verhärtet, konstatierte Gudrun Seidenspinner (Freie Wähler). Florian Wahl übte bei der Gelegenheit gleich Selbstkritik: Der SPD-Fraktionschef entschuldigte sich für die Entfremdung zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern. Es sei viel Vertrauen verloren gegangen, sagte er. „Ich hoffe, wir bekommen eine Ebene hin, wie man vernünftig miteinander umgeht“, sagte sein Kollege Hans-Dieter Schühle (CDU). Er bezweifelte jedoch, dass die Mediation dazu führen werde, dass die Bevölkerung die überhöhten Fernwärmepreise akzeptiere. Seiner Meinung nach hängt ein Erfolg außerdem davon ab, ob die Stadtwerke weiterhin auf ihren Geschäftsgeheimnissen beharren.

Hans-Dieter Schühle sieht das Unternehmen als Verursacher des Streits auch in der Pflicht, die Kosten für das Verfahren zu übernehmen. Eine Mehrheit konnte er für seinen Ansatz nicht finden. Die Mediation soll zu gleichen Teilen von den Stadtwerken und der Stadt übernommen werden, da letztere ein Interesse an der Beilegung des Konflikts habe, so das Argument. Die IG Fernwärme soll ebenfalls einen Beitrag leisten. Den Antrag von Gottfried Ringwald (SPD), einen symbolischen Euro zu verlangen, lehnte die Mehrheit ab.



Ein tiefer Graben: der Ausbau des Fernwärmenetzes in Böblingen.

Foto: factum/Granville

Als Reaktion auf den Konflikt wollten die Stadträte Helmut Kurtz (FDP) und Wolfgang Hensel (SPD) des Weiteren den Aufsichtsrat des Eigenbetriebs neu aufstellen. „Man muss Vertrauen in die Stadtwerke bringen“, begründete der Liberale seine Idee, seinen Posten Peter Aue von der IG Fernwärme zu überlassen. Es sei ein Versuch, um den sozialen Frieden wiederherzustellen. Außerdem handele es sich bei dem Sprecher der Interessengemeinschaft um einen sachkundigen Bürger. Peter Aue könne seiner Aufgabe als Aufsichtsrat nicht gerecht werden, argumentierten die Gegner dieser Idee. „Der Interessenkonflikt ist für ihn nicht aufzulösen“, sagte Thomas

Breitfeld (CDU). Damit könne die Transparenz in der Firmenpolitik nicht erhöht werden. Stefan Belz wies darauf hin, dass die Aufsichtsratsmitglieder den Interessen der Stadtwerke gerecht werden müssten, keine Klientelpolitik betreiben dürften und zur Verschwiegenheit verpflichtet seien.

Wolfgang Hensel tritt dagegen seinen Sitz an Lukas Rosengrün ab, der nicht nur Mitglied in der SPD, sondern auf bei einem Energieversorger beruflich tätig ist. Der Antrag erhielt eine einfache Mehrheit. Mit dem Vorschlagsrecht der Fraktionen setzte sich Florian Wahl gegen das Argument durch, dass die Stadträte die gewählten Vertreter der Bürgerschaft seien.

Nachgefragt

„Wir wollen Lösungen“

Für **Peter Aue von der IG Fernwärme** ergibt die Mediation nur einen Sinn, wenn am Ende die Preise für Fernwärme sinken.

Die Idee des Ratshauses begeistert die Interessengemeinschaft Fernwärme nicht: Stefan Belz will mit Hilfe einer Mediation den Konflikt zwischen den Stadtwerken und ihren Fernwärmekunden lösen. Dafür müsste der städtische Betrieb aber erst einmal volle Transparenz gewähren, sagt Peter Aue.



Herr Aue, freuen Sie sich auf die Mediation? Wir sehen die Mediation skeptisch, weil wir Zweifel haben, dass sich die Parteien auf eine vernünftige gemeinsame Linie einigen können. Wir wollen keine Höflichkeiten austauschen, sondern Lösungen und Transparenz. Wir fordern sinkende Preise. Die Fernwärme ist in Böblingen seit 2015 horrend teuer. Wir finden, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat festlegen müssen, was für ein Unternehmen die Stadtwerke sein sollen – eines, das Gewinne maximiert, wie es jetzt der Fall ist, oder eines, das Produkte der Daseinsvorsorge zum angemessenen Preis anbietet. Außerdem kritisieren wir die Betriebsführung: Bei den Stadtwerken wurde das Personal seit 2012 verdoppelt, bei einem ähnlichen Geschäftsvolumen wie damals.

Machen Sie dann nicht mit?

Doch, wir werden trotz unserer Bedenken in die Mediation gehen – mit Skepsis zwar, aber offen. Wir werden konstruktiv mitarbeiten. Außerdem bin ich neugierig darauf. Allerdings sehe ich noch eine weitere Schwierigkeit: Parallel zu der Mediation läuft nach wie vor das Verfahren der Kartellbehörde gegen die Stadtwerke. Wenn sich die Parteien wider Erwarten bei der Mediation auf etwas einigen und das Kartellamt sagt etwas anderes, dann war die Mediation doch umsonst.

Sind Sie enttäuscht, dass Sie nicht in den Aufsichtsrat der Stadtwerke einziehen?

Ich bin nicht unglücklich darüber. Um den Job habe ich mich nicht gerissen. Ich war über den Vorstoß von FDP-Stadtrat Helmut Kurtz nicht so glücklich. Als Vertreter der IG Fernwärme hätte mir der Interessenskonflikt schon zu schaffen gemacht. Aber ich hätte damit leben können. Dafür hätte ich mein Fachwissen dem Gremium zur Verfügung stellen können. Der Aufsichtsrat trägt eine erhebliche Mitschuld an der jetzigen Situation, weil dessen Mitglieder der Geschäftsführung der Stadtwerke nicht auf die Finger geschaut haben.

Das Gespräch führte Kathrin Haasis.